

# Gemeinde Heiligengrabe

## Gemeindevertretung



Vorlage-Nr.	Beschluss-Nr.	Sitzungsdatum	TOP	öffentlich	nichtöffentlich
0427/14	0376/14	05.03.2014	08	X	
Bearbeiter/in	Kürzel			Tag der Erstellung	
Herr Klaus Niedergesäß				30.01.2014	

**Betreff:**                                **Beschluss Rahmenplan „Eignungsflächen für Freiflächenphotovoltaikanlagen“**

**Rechtsgrundlagen:**                §§ 28 Abs. 1 und § 54 Abs. 1 Pkt. 5 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf)

**Beschlusstext:**                        Die Gemeindevertretung beschließt den in der Anlage befindlichen Rahmenplan „Eignungsflächen für Freiflächenphotovoltaikanlagen“ als informelle Arbeits- und Entscheidungsgrundlage für Entscheidungen des Bürgermeisters und der Gemeindevertretung.

**Begründung:**                        Die Gemeindevertretung hat am 21.03.2012 mit dem Beschluss Nr. 247/12 die Erarbeitung eines Flächenkonzeptes für Freiflächenphotovoltaikanlagen in Auftrag gegeben. Der Ausschuss für Bau, Verkehr und Landwirtschaft hat sich in seinen Sitzungen am 7.8.2012, 23.04.2013 und am 28.01.2014 mit der Planung befasst und diese zur Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung empfohlen.

Die Erarbeitung der Planung erfolgte unter Berücksichtigung insbesondere folgender Kriterien:

- Abstand 100 m von Straßen mit Alleencharakter
- Siedlungsabstand 300m / 500 m
- Verwendung nur geringwertiger landwirtschaftlicher Nutzflächen
- Abstand nach EEG 2012 zu den Verkehrsflächen
- Abstand von Bodendenkmalen
- Abstand von überörtlichen Radwegen
- Abstand von Waldflächen
- Abstand von Schutzgebieten

Sofern zukünftig ein Antrag eines Vorhabensträgers auf Errichtung einer PV-Freiflächenanlage außerhalb der ausgewiesenen Eignungsflächen gestellt wird, sollen diese als Geschäft der laufenden Verwaltung gemäß § 54 Abs. 1 Nr. 5 BbgKVerf durch den Hauptverwaltungsbeamten ohne Beteiligung politischer Gremien abgelehnt werden.

Jede Antragstellung innerhalb der ausgewiesenen Eignungsflächen hätte zur Folge, dass die politischen Gremien (Ortsbeirat, Bauausschuss und Gemeindevertretung) pflichtig zu beteiligen sind, da in diesem Fall die Aufstellung eines B-Planes mit entsprechender Anpassung des jeweiligen Flächennutzungsplanes zwingende Voraussetzung sind.

Die Gemeindevertretung behält damit die vollständige Entscheidungsbefugnis über jeden Einzelantrag im Eignungsgebiet. Außerdem kann die Gemeindevertretung jederzeit entscheiden, bis zu welchem Umfang das dargestellte Flächenpotential tatsächlich in Anspruch genommen werden soll.

**Anlagen:**

Plankarte und Tabelle mit Flächendaten

---

Anzahl der gesetzlichen Vertreter		25	
anwesende Vertreter		18	
Beschlossen mit dem Ergebnis			
ja	nein	Enthaltungen	Ausschluss gem. § 22 BbgKVerf
12	4	2	0
Protokoll vom			

Holger Kippenhahn  
Bürgermeister

Klaus Mundt  
Vorsitzender der Gemeindevertretung

Siegel